ALTERNATIVE**LINKE**BERN

Bern, 16. November 2023

Kundgebungs-Abschreckungsversuch vom Gemeinderat?

Die AL Bern hat letzte Woche ein Gesuch für eine „Demo gegen das Demoverbot“ eingereicht. Vorgesehen war ein Umzug durch die Innenstadt, dieser wird von der Stadt an den kommenden drei Samstagen nicht bewilligt. Dass die Stadt Bern im Rahmen der Verhandlungen für den 18. November doch plötzlich eine Platzkundgebung auf dem Bundesplatz bewilligt hätte, legt die Vermutung nahe, dass der Gemeinderat mit seiner Kommunikation vor allem eines wollte: Menschen abschrecken, Gesuche für politische Kundgebungen einzureichen.

Nach der Einreichung vom Gesuch sollte zuerst nur die Schützenmatte oder der Rosalia-Wenger Platz zur Verfügung stehen, ein Umzug sei nicht möglich, weil das Gesuch zu kurzfristig eingereicht worden sei, damit sich Polizei, Stadt usw. organisieren können. Vor diesem Hintergrund zeigten sich die Gesuchsteller*innen bereit, den Umzug am 25. November oder 2. Dezember durchzuführen. Darauf war plötzlich ein Umzug kategorisch ausgeschlossen, aber der Bundesplatz am 25. November frei.
Die Vorgänge um das eingereichte Gesuch lassen viele Fragen offen: weiss der Gemeinderat, dass sein Kundgebungsverbot in der Innenstadt einer rechtlichen Prüfung nicht Stand hält und versuchte deshalb zeitliche Gründe („zu kurzfristig eingereicht“) vorzuschieben? Wie hätte er sich verhalten, wenn es ein Gesuch für eine Kundgebung gegen einen der aktuellen Kriege gehandelt hätte? Wie, wenn es eine Kundgebung bspw. vom Bauernverband gehandelt hätte?
Die AL Bern verurteilt, dass der RGM-dominierte Gemeinderat mitträgt, dass Herr Nause in dieser Art und Weise mit einem in Demokratien elementaren Grundrecht der Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit spielt.

Das ausgesprochene Pauschalverbot, dass sich nach erfolgter Gesuchseinreichung als zumindest teilweise leere Hülle entpuppt, ist offensichtlich nicht haltbar.
Der Gemeinderat hat wohl gehofft, dass nach erfolgter Kommunikation sich alle brav still halten und keine Gesuche für Kundgebungen in diesem Zeitraum einreichen. Wir warten nun die beschwerdefähige Verfügung ab, um dann gemeinsam mit den Organisationen und Parteien, die den Aufruf zur „Demo gegen das Demoverbot“ mitgetragen haben (djb, JUSO Stadt Bern, PdA Bern, grundrechte.ch, JA!, Klimastreik Bern) zu entscheiden, welche rechtliche Schritte gemacht werden.
Die „Demo gegen das Demoverbot“ muss deshalb abgesagt werden.

Die AL Bern ruft alle politisch Bewegten dazu auf, frisch und munter Gesuche für politische Kundgebungen in der Innenstadt einzureichen. Aus der Korrespondenz mit der Stadt Bern geht hervor: am 18. November ist der Bundesplatz noch frei.